

An den
Vorsitzenden des Kreistages
des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

11. Oktober 2007

11. Kreistagssitzung am 9. November 2007

Antrag der Fraktionen: Errichtung eines Sozialfonds für das Schulessen finanzschwacher Familien

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 9. November folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, gemeinsam mit der Stadt Hanau mit dem Land Hessen in Verhandlungen zu treten, um analog dem Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz einen „Sozialfonds“ für das Schulessen von Kindern aus finanzschwachen Familien einzurichten.

Der Kreisausschuss soll in Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau sicherstellen, dass der Beitrag der Eltern und Kinder für ein Schulessen an keiner Schule 3 €übersteigt.

Potenzielle Differenzen werden durch entsprechende Subventionen ausgeglichen. Das Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollte übergangsweise auf einen Euro subventioniert werden. Kurzfristig sollte dies ab dem 2. Schulhalbjahr 2007/2008 geschehen. Langfristiges Ziel ist es, dies zusammen mit dem Land Hessen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Der Kreisausschuss legt zudem in Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau ein langfristiges Konzept vor, das darlegt, wie die wachsende Zahl der Schulen, die Schulessen anbieten, finanziell so unterstützt werden kann, dass allen Schülerinnen und Schüler ein gesundes und qualitativ hochwertiges Mittagessen ermöglicht wird.

Begründung:

Immer mehr Schulen benötigen aufgrund der Entwicklung hin zur ganztägig arbeitenden Schule die Möglichkeit, ihre Schülerschaft mit einem warmen Mittagessen zu versorgen.

Es ist Aufgabe des Schulträgers, diese von allen Fraktionen getragene Entwicklung nach Kräften zu unterstützen, und gleichzeitig sicherzustellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen auf ein warmes Mittagessen verzichten muss. Viele europäische Nachbarländer haben längst Subventionierungsprogramme entwickelt. Ungeachtet des politischen Willens im Main Kinzig Kreis ist ebenso die Landesregierung in der Pflicht, die Schulen bei der Umsetzung der aktuellen Gesetzgebung entsprechend zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer